

*Bei diesem Dokument handelt es sich um die Aufzeichnungen für den Vortrag von Renate Koppe. Es ist kein ausgearbeitetes und durchgearbeitetes Dokument. Wir haben die Veröffentlichung trotzdem für sinnvoll erachtet, weil es viele Daten und Zusammenhänge enthält.
Die Gliederung ist entsprechend der Absprachen vor dem Vortrag vorgenommen.*

Chronologische Entwicklung seit Beginn (Verschiebung der Kräfteverhältnisse in den Volksrepubliken über die Zeit und Einfluss Russlands)

Janukowitsch war seit 2010 Präsident, seine Regierung setzte wieder auf eine stärkere Orientierung auf die RF, ab 2013 wurde auch unter Druck der EU ein Assoziierungsabkommen vorbereitet. Im November 2013 sprach sich Janukowitsch gegen das Assoziierungsabkommen aus. Die Regierung beschloss es nicht zu unterzeichnen, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen (Haushaltskürzungen, Preiserhöhungen etc.).

Es folgten Dauerproteste auf dem Maidan, ab Ende November Forderung nach Sturz der Regierung, ab Januar 2014 schwere Ausschreitungen, faschistische Kräfte. Am 28. Januar erklärte die ukrainische Regierung ihren Rücktritt. 4 Tote, davon 3 Polizisten, 500 Verletzte, davon 300 Polizisten.

Gleichzeitig erfolgten Besetzung und Zerstörung öffentlicher Einrichtungen.

Westliche Botschaften mischten sich aktiv ein. An dem Punkt war für den Imperialismus nichts anderes mehr als eine vollständige Unterwerfung der Ukraine denkbar.

Am 21. Februar kündigte die Krim ihren Austritt aus der Ukraine an, falls die legitime Staatsführung gestürzt wird. Es folgten Verhandlungen mit EU-Vermittlern, es kam zu einem Abkommen, vorgezogene Präsidentschaftswahlen Ende 2014, Koalitionsregierung binnen 10 Tagen, Wiedereinführung der Verfassung von 2004 innerhalb von 48 Stunden.

22. Februar – Putsch

Rechtswidrige Absetzung von Janukowitsch (es war weder die notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht noch das Verfassungsgericht eingebunden), der Westen erkannte das sofort an, d.h. die o.g. Vermittlungsversuche waren nicht ernst gemeint.

Ein großer Teil der Bevölkerung nicht nur im Donbass, sondern auch in anderen Teilen vor allem im Südosten der Ukraine hat sich geweigert, diesen Putsch nationalistischer und faschistischer Kräfte zu akzeptieren. In den Städten des Donbass verteidigten die Menschen die sowjetischen Denkmäler, sie forderten eine Föderalisierung und eine Stärkung des Status ihrer Muttersprache, des Russischen, sehr schnell kamen antioligarchische und prosowjetische Forderungen hinzu, die dort stark verankert sind. Beim Referendum zum Erhalt der UdSSR am 17. März 1991, das insgesamt eine Mehrheit von fast 80% erhielt, von den Regierenden aber ignoriert wurde, waren die Ergebnisse im Donbass noch eindeutiger. Um die Aktionen zu koordinieren wurde in den beiden Verwaltungsbezirken des Donbass – Donezk und Lugansk – ein Kongress von Vertretern von politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und territorialen Körperschaften einberufen. Nachdem alle Appelle an die Regierung in Kiew, zunächst ging es nur um Föderalisierung und um den Status der russischen Sprache und ein freundschaftliches Verhältnis zu Russland, die von vielen Aktionen und großen Demonstrationen begleitet wurden, keinerlei Reaktion erreichten, besetzten Aktivisten die Verwaltungsgebäude vor allem in Donezk. Der genannte Kongress beschloss als Reaktion darauf am 7. April 2014 die Unabhängigkeit der Donezker Volksrepublik, die entsprechenden verabschiedeten Dokumente beziehen sich auf die Satzung der UN und insbesondere das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Für den 11. Mai 2014 wurde ein Referendum über die Souveränität der DVR angesetzt.

Vergleichbare Entscheidungen gab es auch im Verwaltungsbezirk Lugansk. Im Verwaltungsbezirk Donezk wurde bei einer Wahlbeteiligung von 74,5% mit 89,7% Zustimmung die Gründung der Donezker Volksrepublik bestätigt. Im Verwaltungsbezirk Lugansk lag die Zustimmung bei einer

Beteiligung von 75% bei gut 90%. An der Organisation des Referendums waren vor allem die örtlichen Organisationen der Kommunistischen Partei der Ukraine beteiligt.

Die Gründung der Volksrepubliken war also ein demokratisch legitimer Prozess auf Grundlage des Völkerrechts. „Die Gründung der DVR ist unsere Wahl und kein »russisches Projekt«, sagte dazu der Erste Sekretär der KP der DVR Boris Litwinow.

Dazu kann man noch anmerken, dass die Regierung der RF noch kurz vor dem Referendum versuchte, Einfluss zu nehmen, dass es verschoben wird (was es weitaus schwieriger gemacht hätte, weil es schon zum eigentlichen Zeitpunkt nur mit Mühe in (fast) allen Gebieten durchgeführt werden konnte, wegen der bereits laufenden militärischen Angriffe von Seiten der Ukraine). Zu dieser Frage komme ich aber später noch einmal.

Die Reaktion der Kiewer Junta ließ nicht lange auf sich warten. Schon im April wurde die „Antiterror-Operation“ ausgerufen und verfassungswidrig Militär im eigenen Land eingesetzt, Städte und Dörfer im Donbass beschossen. Dies war der Beginn eines Kriegs gegen die Zivilbevölkerung, der inzwischen mehr als acht Jahre dauert. Neben regulären ukrainischen Einheiten der Streitkräfte und der Nationalgarde waren daran auch faschistische Bataillone wie „Asow“, Einheiten des „Rechten Sektors“ und andere beteiligt, die sich durch besondere Rücksichtslosigkeit gegen die Zivilbevölkerung auszeichneten. Schläge erfolgten häufig gezielt gegen Infrastruktur, Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten. Dies ging auch weiter, nachdem der Krieg mit Abschluss der Minsker Vereinbarungen Anfang 2015 zu einem Stellungskrieg wurde und große Teile der Volksrepubliken des Donbass unter ukrainischer Besatzung verblieben. Es wurden insgesamt zehntausende ziviler Objekte zerstört, es gibt insgesamt mehr als 15.000 Tote. Zwei Beispiele unter vielen seien hier genannt: der Luftschlag auf das Zentrum von Lugansk im Juni 2014, bei dem acht Menschen getötet und 30 verletzt wurden, und der Mörserbeschuss auf eine Trolleybushaltestelle in Donezk im Januar 2015, wo acht Menschen getötet und mehr als 20 verletzt wurden. Auch in den von den ukrainischen Truppen besetzten Gebieten der Volksrepubliken wurde die Bevölkerung oft aus ihren Häusern vertrieben, sie sind Plünderungen und Gewalt von Seiten der ukrainischen Soldaten unterworfen. Die faschistischen und nationalistischen Bataillone, die häufig auch Gefangene, auch Zivilisten, misshandelten und ermordeten, sind inzwischen als eigene Verbände in die ukrainischen Streitkräfte oder die Nationalgarde integriert. Es sind vor allem sie, die jetzt, nachdem es die politische Lage und die militärische Unterstützung der RF ermöglichen, die besetzten Gebiete der Republiken zu befreien, sich in Großstädten wie Mariupol verschanzen und die Zivilbevölkerung als lebendes Schild nutzen. Kurz noch zu den Minsker Vereinbarungen. Diese sahen vor, dass die Volksrepubliken formal im Staatsverband der Ukraine bleiben. Es gab allerdings weitreichende Regelungen, wie eigene Justizorgane, eigene Wirtschafts- und Außenpolitik (in der Region), eigene bewaffnete Organe. Garantiemächte waren Russland, Deutschland und Frankreich. Die Minsker Vereinbarungen sahen einen Punkteplan vor, der in dieser Reihenfolge umgesetzt werden sollte. Über Punkt 1 ging es nie hinaus, das war der Waffenstillstand, der von der Ukraine nie eingehalten wurde.

Das Minsker Abkommen hatte als einen zentralen Punkt, dass die Ukraine gezwungen werden sollte, direkt mit den Volksrepubliken zu verhandeln. Dies ist aber nur ganz formal geschehen, die Ukraine hat niemals ernsthaft verhandelt, sie hat dies auch immer gesagt und ist dabei vom Westen unterstützt worden. Durch die Billigung der Minsker Vereinbarungen durch den UN-Sicherheitsrat, wurden die Volksrepubliken in gewisser Weise zu einem Subjekt des Völkerrechts.

Das waren ganz klar Vorteile, zumindest zu Beginn. Spätestens 2016 wurde aber die vollständige Verhandlungsunwilligkeit der Ukraine, die dabei von ihren westlichen Sponsoren unterstützt wurde, deutlich. Problematisch war an den Minsker Vereinbarungen aus Sicht des Donbass von Anfang an, dass sie die Volksrepubliken als Teil der Ukraine sahen, zumindest im Rahmen einer Konföderation, mit sehr großer Autonomie bis hin zu einer eigenen Wirtschafts- und Außenpolitik und Streitkräften. Die Führungen der Volksrepubliken haben allerdings nie ihre Souveränität aufgegeben, sondern immer betont, dass die Minsker Vereinbarungen eine Möglichkeit seien, ohne Krieg zu einer friedlichen Koexistenz mit der Ukraine zu kommen, aber ohne die eigene Souveränität aufzugeben.

Sind die Volksrepubliken das Resultat eines Volksaufstandes oder ein russisches Projekt?

Oben bin ich ja schon darauf eingegangen, dass die Gründung der Volksrepublik das Ergebnis eines antifaschistischen Aufstands der Bevölkerung gegen den Staatsstreich in der Ukraine und die damit verbundene Politik war. Die Gründung der Volksrepubliken war zu diesem Zeitpunkt von der russischen Regierung sicher nicht gewollt. Aber natürlich gab es den Bezug auf Russland, es gab sicher zu jedem Zeitpunkt Mehrheiten für einen Beitritt zur RF und es gab natürlich Unterstützung von Seiten russischer politischer Kräfte, aus verschiedenen Richtungen. Einmal natürlich offiziell ab Sommer 2014 humanitäre Hilfe aus Russland, ganz offiziell und sicher auch weitere finanzielle Unterstützung. Politische Unterstützung gab es in den ersten Jahren von verschiedenen politischen Kräften in Russland, vor allem aber von der KPRF. Die KPRF hat auch humanitäre Hilfe geliefert, vor allem hat sie aber auch die Regierungen der Volksrepubliken unterstützt und politisch beraten, Kontakte hergestellt im politischen und wirtschaftlichen Bereich.

Die Aufstände in den Volksrepubliken und deren Gründung sind jedoch kein sozialistisches Projekt oder gar eine sozialistische Revolution gewesen. Die Genossen aus der KP der DVR schätzen dies so ein, dass kleinbürgerliche Kräfte dabei die Hauptrolle spielten, die durch eine Einbindung in die EU in ihrer Existenz bedroht waren. Anders als bei den Bestrebungen nach mehr Autonomie im Jahr 2004 waren 2014 diese kleinbürgerlichen Kräfte vorherrschend, während die Bewegung 2004 unter der Kontrolle von örtlichen Oligarchen war. Die Arbeiterklasse unterstützte den Prozess aktiv, es gab und gibt militärische Einheiten, die von Berg- und Metallarbeitern gebildet wurden. Die war aber nicht führend. Die führenden Persönlichkeiten in der DVR waren auch nie Oligarchen und sind es bis heute nicht. Die Kommunisten, damals noch in der KPU organisiert, waren an der Gründung und am Referendum führend beteiligt, für das Referendum stellten sie auch ihre organisatorischen Strukturen zur Verfügung. Die Unabhängigkeitserklärung und die Erklärung über die Souveränität waren unter Beteiligung von Kommunisten verfasst worden, sie sahen gesellschaftliches Eigentum an Grund und Boden und an den Bodenschätzen vor. Sie gelten übrigens bis heute, diese Regelungen auch. Auch zu Beginn gab es von Seiten der Genossen aus der KP der DVR nicht mehr als die Aussage, man versuche eine Republik mit Elementen des Sozialismus aufzubauen.

Danach begann der Aufbau staatlicher Strukturen, des Bildungs- und Gesundheitswesens usw.

Im November 2014 gründete sich in der DVR eine Kommunistische Partei. Diese ist registriert, kann auch mehr oder weniger frei arbeiten, zu Wahlen war sie nie zugelassen, allerdings im ersten gewählten Parlament für einige Zeit über die Mehrheitsliste mit drei Abgeordneten vertreten, die schon 2016 dort hinausgedrängt wurden. Einen führenden Einfluss von Kommunisten bzw. sozialistischen Kräften überhaupt hat es aber nicht gegeben. Das entsprach auch nicht der sozialen Basis des Aufstands.

Die Kräfteverhältnisse haben sich verschoben. Das tun sie natürlich immer, aber in meinen Augen nicht grundlegend. Sachartschenko war ganz sicher kein Antikommunist und hat eng mit der KPRF zusammengearbeitet (wobei die Kommunisten vor Ort zu dieser Zeit nicht weniger Probleme hatten als später, teilweise eher umgekehrt), er hat sicher auch einen stärkeren Schwerpunkt auf staatliche Betriebe gelegt. In der LVR hat sich mit der Ablösung von Plotnizkij 2017 wiederum vieles zum Besseren hin entwickelt. Die Vorstellung, dass hier ein linkes Projekt von russischen Nationalisten übernommen wurde, ist in meinen Augen völlig falsch.

Wie sind Klassenstruktur, Eigentumsverhältnisse und Möglichkeiten des Klassenkampfes in den Volksrepubliken, wie haben sie sich über die Jahre entwickelt? Wie war der Umgang mit Oligarchen wie Achmetow?

Die Frage der Klassenstruktur ist eine interessante Frage. Die Produktionsmittel gehören, gerade bei der Großindustrie teilweise dem Staat. Teilweise sind sie zwar staatlich, werden aber von Gesellschaften verwaltet, wo russisches Kapital führend war. Das ist schon seit 2017 der Fall, als die ukrainischen Unternehmen den ukrainischen Oligarchen entzogen wurden. Damals gab es beide Varianten. Es handelt sich hier in keiner Weise um sozialistische Produktionsverhältnisse. Den Prozess haben eher kleinbürgerliche Kräfte bestimmt und der Einfluss der RF und damit des russischen Kapitals ist ohne Zweifel vorhanden. Einheimische Oligarchen, wie es sie beispielsweise in Transnistrien gibt, gibt es im Donbass nicht.

Oligarchen wie Achmetow oder Kolomojskij sind niemals als Bündnispartner gesehen worden. Sie standen auch auf der anderen Seite. Das ist ein Unterschied zu den Protesten im Donbass im Jahr 2004. Achmetow hat wohl versucht, Einfluss zu gewinnen, das ist ihm aber nicht gelungen und war von Seiten der Volksrepubliken und ihrer Führungen nicht gewollt.

Allerdings haben ukrainische Oligarchen teilweise ihre Unternehmen im Bergbau und der Industrie weiter betrieben und sogar die Steuern weiter an die Ukraine gezahlt. Dazu hat es zu diesem Zeitpunkt keine Alternative gegeben, wenn man die Betriebe weiterführen wollte. Es handelt sich im Donbass um eine exportorientierte Industrie, man konnte diese Betriebe nicht einfach verstaatlichen, ohne zu wissen, was man mit den Erzeugnissen überhaupt tun kann. 2017, nachdem von Seiten der Ukraine eine vollständige Wirtschaftsblockade verhängt wurde, wurden dann die Betriebe unter staatliche Kontrolle genommen, teilweise vom Staat geführt, teilweise von Gesellschaften, die von russischem Kapital dominiert wurden. Hier wird natürlich russischer Einfluss deutlich, weil es ohne diese Unterstützung mangels Absatzmärkte nicht gegangen wäre und natürlich Druck ausgeübt wurde. Der Export nach Russland ist bis zur Anerkennung 2022 auch weiterhin nur auf komplizierten Wegen möglich gewesen.

Zur Frage des Klassenkampfes: Politische Veränderungen gab es natürlich. Die ukrainischen Oligarchen wurden vertrieben, die Verzerrung und Negierung der sowjetischen Geschichte wurde beendet, es gibt eine klar antifaschistische Ausrichtung. Es wurde versucht, die Produktionskapazitäten zu erhalten, die Landwirtschaft wieder auszubauen. Anders als in der Ukraine sind linke Organisationen nicht verboten. Bei aller Problematik, wie dass die KP nicht zu den Wahlen antreten konnte, hat sie viele Möglichkeiten, bis hin zur Arbeit in Schulen. Was das tägliche Leben betrifft, sind zumindest die Preise für Gas, Strom, Mieten usw. nur wenig gestiegen. Damit wurde schon eine Menge erreicht. Auch wenn man überlegt, dass in einer jahrelangen Kriegssituation, die Versorgung grundsätzlich sichergestellt wurde, das Bildungswesen, das Gesundheitswesen, mit allen Einschränkungen aufgrund der Situation natürlich. Die Möglichkeiten für fortschrittliche Politik sind im Vergleich zur Ukraine, aber auch zu vielen anderen Staaten, weitaus günstiger. Es gibt eine aktive Gewerkschaftsbewegung, auch das ist in der Ukraine nicht möglich. Es ist allein schon ein Fortschritt, den faschistischen Strukturen der Ukraine, damit meine ich den ganzen Staat, entkommen zu sein. Der Faschismus in der Ukraine beschränkt sich ja nicht auf die faschistischen Bataillone, die ihre Strukturen in Polizei und Armee haben, sondern sie haben ja Einfluss auf die gesamte Staatsführung. Die Ukraine ist eben keine Variante einer bürgerlichen Demokratie mehr – Oppositionsparteien sind grundsätzlich verboten, gesetzlich fixierte Rechte der Arbeiter in Betrieben werden abgeschafft, das Eigentum der Gewerkschaften konfisziert. Es gibt tausende von politischen Gefangenen.

Alles weitere hängt von der Entwicklung der Klassenkämpfe und der Kräfteverhältnisse ab, natürlich nicht nur im Donbass, sondern auch in Russland .

Dazu gibt es ganz konkrete Äußerungen der KP der DVR. Eine Entwicklung der Staatlichkeit der DVR, d.h. eine planmäßige Wirtschaftspolitik, Stärkung des staatlichen Sektors, aber auch Genossenschaften usw. Nutzung brachliegender Ressourcen, Entwicklung der Zivilgesellschaft durch entsprechende Regelungen für Parteien und gesellschaftliche Organisationen. Probleme gab und gibt es sehr viele. Und natürlich muss jetzt erst einmal das ganze Land befreit werden und aufgebaut werden.

Welchen Einfluss auf die schlechten Lebensbedingungen in den Volksrepubliken hatten Oligarchen und die kapitalistische Ökonomie, und welchen Einfluss hatte die Kriegs- und Ausnahmesituation?

Die schlechten Lebensbedingungen sind durch den Krieg bedingt und durch die vollständige Wirtschaftsblockade von Seiten der Ukraine. Ukrainische Oligarchen hatten praktisch keinen politischen Einfluss, seit 2017 verfügen sie auch nicht mehr über ihre Betriebe. Natürlich erschwert eine kapitalistische Struktur den Wiederaufbau. Daher auch die gerade genannten Forderungen der Kommunisten.

Allerdings waren und sind die Lebensbedingungen dort vor Ort nicht schlimmer bzw. teilweise auch besser als für sehr viele Menschen in der Ukraine.

Es gibt den Vorwurf, Russland würde Statthalter in den Gebieten einsetzen, die Volksrepubliken seien vollständig unter russischer Kontrolle. Was ist Deine Einschätzung?

Statthalter sind das gewiss nicht. In den Führungen beider Republiken sind Menschen, die schon 2014 aktiv sind. Insbesondere in letzter Zeit sind auch viele russische Experten auch auf hohen Ebenen aktiv, auch weil der Wiederaufbau seit Februar mit Hilfe der RF stark vorangetrieben wird. Das kann ohne Zweifel ein Problem sein, ist aber sicher in einem gewissen Maß unumgänglich. Man muss sich als ein Beispiel nur ansehen, was in Mariupol geschieht, wo Wohnraum, Infrastruktur usw. sehr schnell wieder aufgebaut wird.

Zum russischen Einfluss sonst. Den gab und gibt es natürlich. Die Mehrheit der Bevölkerung ist sicher immer für einen Beitritt zur RF gewesen, von Anfang an. Das Beispiel der Krim hat eine große Rolle gespielt. Unter Linken, ich weiß das von der Kommunistischen Partei, gab es dazu durchaus kontroverse Diskussionen, nicht was die enge Zusammenarbeit mit Russland betrifft, sondern was einen staatlichen Zusammenschluss betrifft, aber es wurde nie angezweifelt, dass es dafür sehr große Mehrheiten gibt.

Es gibt natürlich schon allein dadurch einen Einfluss, dass die Volksrepubliken aufgrund der Wirtschaftsblockade durch die Ukraine rein finanziell auf Russland angewiesen waren. Die humanitäre Hilfe lief allerdings erst richtig nach einigen Monaten an; wie ich schon sagte, waren die Referenden keineswegs auf Veranlassung oder Wunsch oder selbst mit Zustimmung der RF erfolgt. Linke Kräfte in der RF haben da eine große Rolle gespielt. Genauso wie bei der Anerkennung der VR durch Südossetien, wo die KPRF eine wichtige Rolle gespielt hat und deren Anerkennung auch ökonomisch sehr wichtig war. Und natürlich jetzt bei der Anerkennung der VR durch Russland. Auch beim Außenhandel waren die VR natürlich auf Russland angewiesen und das war ja keineswegs unproblematisch.

Auch politisch gab es natürlich einen Einfluss, das ist völlig klar. Auch die ständigen Versuche, die Kommunisten an den Rand zu drängen, gehören sicher auch dazu. Aber natürlich wird dieser Einfluss von verschiedenen politischen Kräften in Russland ausgeübt. Die KPRF hat von Anfang an sehr eng mit den Volksrepubliken zusammengearbeitet. Es gab auf jeden Fall von Anfang an einen sehr positiven Bezug auf Russland, von allen Kräften, die an der Gründung der VR beteiligt waren. Die Minsker Vereinbarungen waren in all ihrer Problematik natürlich erst einmal auch ein Versuch einer friedlichen Lösung und die wurden von Russland durchgesetzt. Es ist sicher auch so, dass ein großer Teil der Bevölkerung für einen Beitritt zur RF ist, was sicher von Anfang an so war. Derzeit, also ganz aktuell, beginnend mit den Duma-Wahlen im letzten Jahr, wo ja viele Bürger der VR wahlberechtigt waren, versucht die russische Regierungspartei Einiges Russland ihre Position auszubauen und möglichst zu verschweigen, dass die KPRF dort seit 2014 unterstützt. Sie hat dafür natürlich einen enormen Apparat, der vieles ermöglicht und sie wird von den Führungen der Volksrepubliken dabei durchaus unterstützt.

Wieso ist das Projekt der Volksrepubliken aus Deiner Sicht von Kommunisten zu unterstützen? Gerne Darlegung mit Bezug auf Strategie und Taktik.

Ich meine, dass wir als Kommunisten antifaschistische und antiimperialistische Kämpfe unterstützen sollten, wo sie auch stattfinden. Das gilt auch dann, wenn damit nicht oder nicht direkt ein sozialistischer Weg verbunden ist. Denn durch solche Kämpfe werden auf jeden Fall die Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse, die Möglichkeiten für einen Kampf um den Sozialismus verbessert. Die antifaschistische (und antinationalistische) Ausrichtung der Volksrepubliken ist natürlich am deutlichsten. Die antiimperialistische Ausrichtung aber auch. Der Kampf war von Anfang an nicht nur gegen den nationalistisch-faschistischen Putsch in der Ukraine und das dadurch entstandene Regime, das bis heute besteht, gerichtet, sondern gegen den Eintritt in die EU und die NATO, also gegen die Integration in das Einflussgebiet des Imperialismus. Im übrigen setzten die Minsker Vereinbarungen auch eine Neutralität der Ukraine voraus. In den jetzigen Kämpfen wird diese Ausrichtung deutlich. Was wir jetzt gerade sehen ist ein Krieg des US-Imperialismus und der NATO insgesamt gegen Russland, der von russischer Seite eine antiimperialistische Ausrichtung hat.

Das alles ist kein Einzelfall. Schauen wir uns z. B. Venezuela an. Sicher kein sozialistisches Land, auch nicht auf dem Weg dorthin, innenpolitisch im Moment sogar in die andere Richtung. Aber sicher im direkten Gegensatz zum Imperialismus. Das unterstützen wir als DKP, auch unsere Genossen in Venezuela tun das (obwohl sie in weitaus schlechterer Lage sind, was ihre Handlungsmöglichkeiten betrifft, als die Genossen im Donbass oder auch in der RF insgesamt). Was den Krieg betrifft, so ist die Befreiung des Donbass eine Komponente, eine zweite ist, dass Russland gegen eine unmittelbare Bedrohung durch den US-Imperialismus und die NATO vorgeht. In meinen Augen ist es hier nicht unwichtig auch zu berücksichtigen, dass das sozialistische China sich hier keineswegs neutral verhält, sondern Russland unterstützt.

Kannst Du uns einen Überblick über die kommunistische Bewegung vor Ort und ihre Relevanz geben?

Es gibt in beiden Volksrepubliken kommunistische Parteien, die eng mit der KPRF zusammenarbeiten. Wirklich viel weiß ich nur über die in der DVR, zu der wir als DKP enge Beziehungen haben. Die Relevanz ist, obwohl diese Parteien nicht sehr groß sind, die KP der DVR hat Zahlen veröffentlicht, es sind weniger als 1000, nicht gering, in der DVR gibt es durchaus einen Einfluss in den Gewerkschaften und es gibt eine Bündnispolitik mit anderen Organisationen und eine enge Zusammenarbeit mit einer Reihe von Wissenschaftlern an Hochschulen. Trotz allem haben sie keinen dominierenden Einfluss, auch nicht in der Arbeiterklasse. Sie haben aber, trotz der Problematik, dass sie zu Wahlen nicht zugelassen wurden, viele Möglichkeiten zu arbeiten, beispielsweise ist es ohne weiteres möglich, in Schulen Unterrichtseinheiten zu machen und das geschieht auch regelmäßig. Ich war mehrfach bei so etwas dabei. Auch die Kontakte zu Ministerien, zur Regierung, vor allem aber zur Volksmiliz sind vorhanden und werden genutzt. Dann gibt es noch weitere linke Organisationen, die mehr der sozialdemokratischen Partei Gerechtes Russland nahestehen. Und es gibt kommunistische Organisationen, die der RKAP nahe stehen. Dazu kann ich aber nicht viel sagen. Ihr Einfluss ist aber m.E. noch geringer.

Werden die Lebens- und Kampfbedingungen im Donbass durch die Militäroperation verbessert?

Der Krieg ist natürlich eskaliert, übrigens schon seit Anfang 2022. Die Lage in vielen Städten, z. B. Donezk ist natürlich jetzt schlechter, das war auch zu erwarten. Das betrifft Strom- und Wasserversorgung, ständige Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Das hat es allerdings in einem gewissen Ausmaß fast acht Jahre lang gegeben und bis zur Anerkennung der Volksrepubliken und die russische militärische Unterstützung, was beides von der KPRF seit Jahren gefordert wurde, gab es aus dieser Lage keinen Ausweg. Was die besetzten Gebiete des Donbass betrifft, so gab – und gibt es in den noch besetzten Gebieten der DVR, die LVR ist ja befreit - ein Besatzungsregime. Es gibt viele Informationen darüber, dass Menschen, die mit dem ukrainischen Regime nicht einverstanden waren, festgenommen wurden, teilweise verschwunden sind. Häuser wurden von den ukrainischen Truppen besetzt, in Schulen und Kindergärten militärische Stellungen eingerichtet. Plünderungen waren an der Tagesordnung. In den Schulen wurde jeglicher Unterricht in der Muttersprache abgeschafft, die Geschichte des Donbass und der Sowjetunion wurden dort völlig verzerrt. Dort haben sich die Lebens- und Kampfbedingungen nun sicherlich verbessert. Es wird auch sehr aktiv am Wiederaufbau gearbeitet. Kommunisten, die dort im Untergrund tätig waren, werden wieder aktiv, das ist mir aus Wolnowacha z. B. bekannt.

Gelöst werden können die Probleme grundsätzlich aber erst, wenn der Donbass vollständig befreit ist und die Situation in der Ukraine so ist, dass die militärische Aggression, hinter die NATO steht, gestoppt ist. Und wie sich dann alles weiterentwickelt hängt dann natürlich von den Klassenkämpfen im Donbass und in Russland ab, die meines Erachtens schon jetzt in einem gemeinsamen politischen Raum stattfinden.

Werden die Volksrepubliken und von Russland befreite Gebiete perspektivisch in die Russische Föderation eingegliedert? Was ist Deine Prognose, wie es dort weitergeht?

Derzeit laufen ja die Referenden. Diese werden sicher eine Mehrheit für den Beitritt zur RF finden, woran ja auch nichts Schlimmes ist.

In Cherson und Saporoshe laufen auch Referenden, auch hier ist von einer Mehrheit auszugehen. Bereits jetzt werden dort neue Verwaltungen aufgebaut. In diesen sind oft auch Menschen tätig, die aus diesen Gebieten kommen und gegen das Regime waren, teilweise auch als politische Flüchtlinge in Russland und im Donbass. Und die Menschen dort haben genauso ein Recht, das zu entscheiden, wie die Menschen auf der Krim.

Wie sich der Krieg weiterentwickeln wird, darüber will ich jetzt nicht spekulieren und kann es auch nicht. Er wird sicher nur beendet werden können, wenn das faschistische Regime in der Ukraine seine Aggressionen einstellt, ob das geht, solange es noch besteht, ist aber eine Frage.

Verhandlungswillig ist die ukrainische Führung ja nie gewesen (und es ist ihr auch nicht erlaubt worden).